

5mal wöch. Bezugspreis für Juli 3,00 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelhefte: Die 16sp. Beilage 80 J., Einzelhefte 20 J. Die Beilage 80 J., 89 Millimeter breit, 1. M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 J., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 J., Sonntag-Nr. 20 J. Geschäftslicher Teil: Artur Benz in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentgeltl. u. d. Fernruf übermilt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unersucht eingehende u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. G. Desegh, Dresden.

# Sächsisches Volkszeitung

Verlag: Germania, H.-H. für Verlag und Druckerei, 111/113 Dresden, Dresden-K. L. Böckerstraße 17, Fernruf 21012. Postfachamt Dresden 2708. Bankkonto: Stadtbauk Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Kübbitz 1. Poststraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

## Katholizismus und Parteien

Ein bekannter deutscher Theologieprofessor führt unter dem Pseudonym Dr. Ernst im „Neuen Reich“ (Tyrolia-Wien) über die Notwendigkeit für den Katholiken, einer katholischen Weltanschauungspartei anzugehören, aus:

Dass bewußte Katholiken ihre Politik nur nach den Grundsätzen ihres katholischen Glaubens treiben können oder vielmehr, daß sie die Absicht haben müssen, diese Politik nach solchen Grundsätzen zu treiben, das ist eine Selbstverständlichkeit. Oder es sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, sowohl für diese bewußten Katholiken, als auch für alle andern. Denn Religion ist nur dann echt, wenn sie sich in Theorie und Praxis, in Glauben und Leben durchsetzt, Religion und Leben lassen sich nicht trennen, und wenn sie wirklich auseinandergerissen werden, dann ist weder solche Religion gut, noch das Leben. So wird der bewußte katholische Politiker seine Religion auch mit seinem politischen Leben, mit seinem politischen Denken und Handeln verbinden dergestalt, daß die Grundsätze der Religion auch Grundsätze für das Handeln sind, daß also in der Politik auch das Tugend ist, was in der Religion Tugend ist, und daß in der Politik auch das Schlechte ist, was in der Religion schlecht ist. Die katholische Religion duldet eben keine doppelte Wahrheit und keine doppelte Moral. Das heißt natürlich nicht, daß jeder einzelne katholische Politiker faktisch immer nach den Grundsätzen der katholischen Moral handelt. Irrtum ist menschlich und Sündigen seit der Erschöpfung erst recht. Und wenn man erwarten würde, daß bei katholischen Politikern kein Fehltritt vorkommt, so wäre man ebenso welt- und menschenfremd, als wenn man erwarten würde, daß jeder, der sich Katholik nennt, auch ohne Sünde ist. Aber grundsätzlich muß es doch so sein. Die grundsätzliche Uebereinstimmung von religiöser Ueberzeugung und dem Handeln des Politikers ist Postulat der katholischen Religion.

Ich habe den Eindruck, als ob in den Lagern der katholischen Politik die Gemeinschaft der Weltanschauung und der Moral zu oft vergessen würde und als ob man einen anderen gemeinsamen Boden suchen würde. Man verläßt zu sehr den gemeinschaftlichen weltanschaulichen Boden. Man läßt die letzten Fragen unangehört und versucht keine Beantwortung und stellt Tagesfragen und Fragen der Praxis viel zu sehr in den Vordergrund. Gewiß, uns heutige Deutschen brennen ganz andere Rote als den deutschen Katholiken vor dem Kriege. Aber ist es nicht vielleicht so, daß die Spaltung der beiden hauptsächlich katholischen Parteien, Zentrum und bayerische Volkspartei, schuld daran trägt, daß die Katholiken nicht mehr in der Mitte unseres politisch-parlamentarischen Lebens stehen. Eine Weltanschauungspartei, wie das Zentrum geworden war, kann sich wohl schwer in der Mitte halten, wenn nicht einem einflussreichen, naturgemäß sehr aktiven linken Flügel ein starker Rechtsflügel entspricht. Das schafft doch erst das Gleichgewicht und die gegenseitige Korrektur. Wenn man sich doch wieder mehr des gemeinsamen Bodens und der gemeinsamen Grundsätze bewußt würde! Dann würde viel nicht passieren, was passiert ist, und dann würde es unter den deutschen Katholiken viel mehr Einheit geben, weil der Ausgleich der Kräfte möglich ist. Um nur eines zu nennen, würden nicht die religiösen- und kirchenpolitischen Ziele der deutschen Katholiken leichter erreicht werden können, wenn sich die bayerischen Katholiken mit ihren kirchenpolitisch viel mehr geordneten Verhältnissen mit den norddeutschen Katholiken besser verstehen würden, die doch einen großen Teil der Freiheit erst durch die Revolution bekommen haben und einen anderen Teil sich erst mit harter Mühe noch erkämpfen müssen? Wäre es nicht für unser ganzes Volk und Vaterland zuträglich gewesen, wenn die staatspolitischen Anschauungen des Katholizismus von einer geschlossenen Gruppe deutscher Katholiken einheitlich vortragen und durchgeführt werden könnten?

Ich bin der optimistischen Anschauung, daß ein Kulturkampf für uns deutsche Katholiken nicht mehr kommen werde. Müssen da nicht die katholischen Politiker geschlossen zusammenstehen, wenn sie überhaupt Aussicht auf Erfolg auf einen Sieg haben wollen? Der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Deutschnationalen gibt keineswegs die Garantie eines Friedens. Es kann ganz plötzlich anders kommen und wie oft waren wir schon enttäuscht! Man weise nicht hin auf die gemeinsamen Grundsätze der katholischen Parteien und noch weniger auf das Wort vom „getrennt Marschieren und vereint Schlagen“. Das Wort kann doch auch einmal, beim besten Willen, sich

## Eine Niederlage der Sozialdemokratie

Der Ausgang der Wiener Unruhen — Auch der Verkehrsstreik abgebrochen Seipel bleibt fest

Wien, 19. Juli.

Eine gewaltige moralische Niederlage der Sozialdemokratie scheint die Folge des Putschs vom vergangenen Freitag zu sein. Wenn man die bisherige Entwicklung betrachtet, so muß man feststellen, daß die Sozialdemokratie einen Trumpf nach dem andern hat aus der Hand geben müssen, ohne ein einziges Zugeständnis erlangen zu können.

Während des Generalfreistreichs hatten die Sozialisten den Rücktritt des Wiener Polizeipräsidenten und des Bundeskanzlers Seipel gefordert. Diese Forderungen sind nicht erfüllt worden, der Generalfreistreich mußte aber trotzdem abgeblasen werden. Die Sozialdemokraten beschränkten sich nun auf die Forderung, die Rechte des Hauptausschusses des Parlamentes sollten erweitert und die Befugnisse des Kabinetts entsprechend eingeschränkt werden. Auch das lehnte das Kabinett ab. Beim Empfang der sozialdemokratischen Abordnung gab der Bundeskanzler Seipel am Montagmittag der Auffassung Ausdruck, daß es ausschließlich dem Parlament zustehe, Verheerungen und Unterdrückungen zu beschließen. Die Sozialdemokraten mühten daher dort ihre Anträge stellen. Freilich protestierte er dagegen, daß die Polizei und ihre Organe als die Schuldigen hingestellt würden. Zunächst mußte der Verkehrsstreik völlig abgebrochen werden, um dem Nationalrat die Möglichkeit zu geben, daß er in voller Freiheit zusammentreten könne.

Der Verkehrsstreik ist daraufhin in der Nacht vom Montag zum Dienstag um Mitternacht bedingungslos abgebrochen worden. Im Laufe des heutigen Vormittags soll der Eisenbahnverkehr in Oesterreich wieder seinen normalen Umlauf erreichen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bei Abbruch des Verkehrsstreiks die laune Erklärung abgegeben, daß die Partei entschlossen sei den Kampf gegen die Regierung auf parlamentarischem Boden fortzuführen; denn die Partei mache die Regierung für das Blutvergießen verantwortlich. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die moralische Niederlage der Sozialdemokratie, die am Freitag die Massen verloren hat und die Regierung Seipel zu heimerlei Zugeständnissen hat zwingen können, vollständig ist.

Die Polizei hat jetzt gegen die Kommunisten energisch durchgegriffen. Die Zahl der verhafteten kommunistischen Geher, Brandstifter usw. beträgt über 270. Auch der deutsche kommunistische Abg. Reich sowie drei Parteifreunde, die am Sonntag im Flugzeug in Wien eingetroffen waren, um dort eine Hege von größtem Stil zu organisieren, sind vorsorglichverhaftet worden.

In den Leichenhammern des allgemeinen Krankenhauses liegen 70 Opfer der Zusammenstöße vom Freitag und Sonnabend. Die Namen von 47 Personen sind bekannt. Die Polizei behauptet zwei Tote, einen Bahnhofsbeamten und einen Kriminalbeamten. Die Rettungsgesellschaft hat bisher 481 Schwerverwundete verbunden und in die Spitäler gebracht. Insgesamt kann die Zahl von 700 Schwerverletzte nicht als übertrieben bezeichnet werden.

### Die Verfassungsmäßigkeit der Gemeindegewehr.

Ohne Zustimmung der Regierung Seipel gebildet

Wien, 18. Juli.

Wie der Sonderberichterstatter des Volksbüros von Regierungssseite erzählt, ist die Gemeindegewehr ohne Zustimmung der Regierung aufgestellt worden. Die Errichtung erfolgte durch den Bürgermeister Seih nicht in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann. Wenn von einem Einverständnis mit der Polizei die Rede ist, so bedeutet das lediglich, daß die Aufstellung der Polizei zur Kenntnis gebracht und verfügt wurde, daß die Gemeindegewehr bei etwaigen

nicht erfüllen, unmöglich erfüllen lassen. Sind wirklich die Gegensätze unüberbrückbar? Vielleicht liegen sie gar nicht einmal in den Dingen, in denen man sie sucht? Vielleicht ist es gar nicht die Rechts- oder Linksorientierung, die wirtschaftlich-soziale Einstellung. Vielleicht liegt der Grundfah sogar im Religiösen, im Katholischen, freilich nicht im Unterschied, sondern in der Gleichheit und in der Verschiedenheit ihrer Durchführungsmöglichkeit. Aber ist das alles so wesentlich? Ließe sich nicht die Verschiedenheit der staatspolitischen Auffassung beseitigen durch eine Rückkehr zum Föderalismus der alten Zentrumspartei? Die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten sehe ich nicht so unüberwindlich. Denn rechte Katho-

Vorkommnissen nicht etwa selbständig vorgehen kann, sondern sich an die Polizei wenden kann. Ueber die Verfassungsmäßigkeit dieser Einrichtung, so wird von Regierungssseite weiter betont, wird später zu sprechen sein. Allerdings sei es eine Tatsache, daß nach der Verfassung den Gemeinden die Haltung einer Gemeindepolizei zusteht. Weiter wird aus dieser Quelle erklärt, daß in der nichtsozialistischen Bevölkerung durch die Bildung der Gemeindepolizei Beunruhigung hervorgerufen sei, weil man darin einen Versuch sehen zu können glaube, um auf Umwegen zur Bewaffung des republikanischen Schutzbundes zu gelangen. Die Beunruhigung habe auch auf die Polizei übergegriffen. Deshalb habe die Polizei ihren Organen zur Kenntnis gebracht, daß der gesetzmäßige Aufgabenkreis der Bundespolizei in keiner Weise beeinträchtigt ist.

### Die Beilegung der Opfer.

Wien, 17. Juli.

Die Beilegung der Opfer findet am Mittwoch nachmittags 2 Uhr auf dem Zentralfriedhof statt. Die Toten werden auf einem gemeinsamen Platz, aber in Einzelgräbern beerdigt. Die Kosten trägt die Stadt Wien. An dem Begräbnis nehmen neben den Angehörigen teil die Beauftragten und Funktionäre der sozialistischen Partei, Delegationen der Betriebsräte und der Ortsgruppen des republikanischen Schutzbundes. In den Wiener Betrieben wird während der Beilegung eine Viertelstunde lang Arbeitsruhe herrschen.

### Ruhe in Tirol

Innsbruck, 18. Juli

Heute nacht zwischen 2 und 4 Uhr wurden in ganz Tirol und in Vorarlberg zur Ermöglichung der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs die Bahnhöfe und Streckeneinrichtungen von Militär, Gendarmerie und von der Landesregierung als Korpispolizei aufgebotenen Heimatwehren besetzt. In Innsbruck marschierten um 2.15 Uhr nachts auf dem Südtiroler Platz Wapenäger mit Maschinengewehren, Gebirgsgartillerie und eine Kompanie Heimatwehren auf. Der Bahnhof wurde umstellt und unter dem Schutz des Militärs rückten 100 Gendarmen in den Bahnhof ein. Die Streikleitung sowie die Mitglieder des republikanischen Schutzbundes, die den Bahnhof bis dahin besetzt gehalten hatten, zogen sich widerstandslos zurück. Auch die Beilegung der übrigen Bahnhöfe und Streckeneinrichtungen im Lande vollzog sich unter Beteiligung der waffenfähigen ländlichen Bevölkerung, die sich unterschiedslos der Landesregierung zur Verfügung gestellt hatte, reibungslos. Zwei Stunden nach der Besetzung wurden bereits vom Innsbrucker Hauptbahnhof die ersten Züge abgefassen. Nur auf der Mittenwaldbahn konnte der Verkehr nicht sofort aufgenommen werden, da infolge eines Sabotageaktes die Leitung Stromlos geworden war. Die Vorarlberger Landesregierung hatte schon einige Stunden früher als die Tiroler Regierung die Heimatwehren und die Technische Nothilfe als Korpispolizei aufgeboten, worauf im Laufe der Nacht die Vorarlberger Bahnstrecken planmäßig und widerstandslos besetzt wurden. Heute früh bietet die Stadt Innsbruck ein sehr buntes militärisches Bild. An verschiedenen Plätzen und in Gebäuden sind die Formationen der Heimatwehren bereitgestellt, die vom Landeshauptmann vereidigt werden. In allen Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

liken können nur sozial denken; ihre Kirche war immer die Kirche der Armen und ihre Weltanschauung immer organisch und sozial, nicht mechanistisch und kapitalistisch.

Wir Katholiken Deutschlands brauchen notwendig eine Weltanschauungspartei in unserer Politik. Denn die Politik der bewußten Katholiken kann nur auf Grund, auf den Grundsätzen ihrer Religion und Weltanschauung geführt werden. Das möchten sich vor allem jene merken, die noch mehr Spaltung in die deutschen Katholiken bringen wollen. Die daran denken, eine katholisch-konservative Bauernpartei zu gründen. Gewiß, man braucht eine solche Gründung noch nicht beschlußfähig fest-